

## KOMMENTAR

# *Der wahre Skandal*

ALAN POSENER

Was tun mit einer Partei, deren Mitglieder teilweise im Kommunismus Karriere gemacht haben und nie in der Demokratie angekommen sind? Die den Antiamerikanismus pflegt und mit Russland sympathisiert? Die also ein gebrochenes Verhältnis zur Staatsräson des demokratischen Deutschlands hat? Man macht deren Mitglied André Hahn zum Vorsitzenden des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKG), das unsere Geheimdienste überwachen soll. Diese Absurdität muss man im Kopf haben, wenn jetzt darüber diskutiert wird, wer Einsicht bekommen soll in die Liste der etwa 40.000 Suchbegriffe oder Selektoren, mit denen der Bundesnachrichtendienst (BND) im Auftrag des US-Geheimdiensts NSA die Kommunikation auch europäischer Institutionen und Unternehmen durchforsten sollte.

Immerhin scheint niemand in der Regierung auf die Idee gekommen zu sein, sie dem PKG auszuhändigen. Stattdessen soll der NSA-Untersuchungsausschuss eine Vertrauensperson nennen, die als Ermittler der Regierung Einsicht in die Selektorenliste nimmt. Was dann passieren soll, bleibt unklar, da der Ermittler zum Schweigen verpflichtet wäre. Das ist auch richtig so. Denn der BND hätte nur dann unrecht getan, wenn er Deutsche im Inland ausgespäht hätte. Das behauptet aber bisher niemand. SPD-Chef Gabriel

sprach vorschnell von „Industriespionage“, ist nun aber leiser geworden.

Derweil wurde bekannt, dass der Überläufer Edward Snowden seinen Moskauer Gastgebern Einblick in geheime Dokumente gegeben und damit das Leben westlicher Geheimagenten gefährdet hat. Der Bundestag wurde gerade von einer vermutlich russischen Cybereinheit ausspioniert. Wäre die Selektorenliste ausgewählten Bundestagsabgeordneten offengelegt worden, wie es Linke und Grüne fordern, man hätte sie gleich den russischen Diensten zuschicken können. Ähnliches gilt für die Institutionen und Unternehmen auf der Selektorenliste: Wenn der BND sie ausspionieren kann, so werden die Feinde des Westens das längst tun. Wohlgemerkt: Der demokratische Staat muss seine Geheimdienste kontrollieren. Wenn die G-10-Kommission, die anstelle eines Gerichts die Aktionen des BND genehmigt, über die Zusammenarbeit mit der NSA getäuscht wurde, müssten Konsequenzen gezogen werden. Noch aber ist das keinesfalls sicher. Ein Sonderermittler kann das feststellen. Wenn die Opposition ernst genommen werden will, soll sie diesem Verfahren zustimmen. Bisher nämlich ist der einzige Skandal die Skandalisierung der Zusammenarbeit zweier verbündeter Geheimdienste in Teilen der deutschen Öffentlichkeit und Politik.

[alan.posener@weltzn24.de](mailto:alan.posener@weltzn24.de)